

N i e d e r s c h r i f t

**der 37. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 14.11.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:05 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	
Herr Harald Bartl	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Herr Tom Wolter	MitBürger
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Eberhard Doege	
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw
Frau Claudia Schröder	Verw
Herr Thomas Willecke	Verw
Herr Lork	Gast
Frau Hock	Gast
Herr Stumpf	Gast
Herr Baus	Gast

anwesend bis 18:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw
Frau Annemarie Kraft	Verw

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 37. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados**

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass der Vorlage 5.2 – Konzept zum Abbau des Altdefizits – im gestrigen Finanzausschuss mehrheitlich zugestimmt wurde. Die Vorlage könnte deshalb heute von der Tagesordnung abgesetzt werden. Sie sehe die Behandlung der Vorlage aber als dringlich an und bat die Mitglieder des Hauptausschusses, diese heute auf der Tagesordnung zu belassen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, ob es neue Aspekte gäbe und was passiere, wenn heute eine andere Abstimmung als gestern im Finanzausschuss erfolgt.

Er bat für seine Fraktion um Bedenkzeit zur Beratung, ob die Vorlage auf der Tagesordnung verbleiben soll.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, ob dann die Änderungsanträge aus dem gestrigen Finanzausschuss heute auch gestellt werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bejahte dies. Wenn die Vorlage auf der Tagesordnung verbleibt, dann werden auch die Änderungsanträge behandelt.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sprach sich für die Beibehaltung der Vorlage auf der Tagesordnung aus.

Weiter fragte er, warum der Tagesordnungspunkt 3.2 – Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss Restrukturierung und Neuausrichtung ZGM - nicht öffentlich sei. Die Öffentlichkeit werde doch nur ausgeschlossen, wenn die Rechte Dritter berührt werden. Der Beschluss wurde in der letzten Sitzung des Stadtrates öffentlich bekannt gegeben. Er bat um eine Begründung der Nichtöffentlichkeit.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass ein Änderungsbeschluss zum Grundsatzbeschluss vorliege. Der Grundsatzbeschluss war nicht öffentlich. Deshalb sei der Änderungsbeschluss ebenfalls nicht öffentlich.

Sie werde für den nächsten Stadtrat den Status der Nichtöffentlichkeit prüfen lassen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung **abzusetzen**, da es gleiche Voten in den Fachausschüssen gab:

- TOP 5.5 Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium „Georg-Friedrich-Händel“ und Überführung in die Trägerschaft der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e. V.
Vorlage: IV/2007/06659
- TOP 5.7 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII – Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008
Vorlage: IV/2007/06725
- TOP 5.8 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2008
Vorlage: IV/2007/06749

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, verwies darauf, dass in der gestrigen Finanzausschuss angeregt wurde, dass die Gebührenordnung des Konservatoriums bei der Singschule Anwendung findet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass dies berücksichtigt wurde.

Weiterhin teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass sie unter dem TOP 10 – Mitteilungen - Ausführungen zum Verfahren der Georg-Friedrich-Händel-Halle machen wird. **Herr Baus, Ressortleiter Rechtstätigkeit – Vergaberecht,** werde für Anfragen zur Verfügung stehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte die Fraktion der CDU, ob der Tagesordnungspunkt 5.2 - *Konzept zum Abbau des Altdefizits* auf der Tagesordnung verbleiben könne.

Herr Bönisch bejahte dies.

Weiter fragte er, warum der Tagesordnungspunkt 5.1 – Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt – auf der Tagesordnung stehe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass sich mit dieser Vorlage nur der Finanzausschuss befasst habe. Deshalb sollte auch das Votum des Hauptausschusses mit in den Stadtrat genommen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende **geänderte** Tagesordnung festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2007**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 17.10.2007 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
 - 5.1. **Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt**
Vorlage: IV/2007/06813
 - 5.2. **Konzept zum Abbau des Altdefizites**
Vorlage: IV/2007/06756
 - 5.2.1 **Änderungsantrag der Stadträte Wolff/Schuh Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zum Konzept Abbau des Altdefizites**
(Vorlage: IV/2007/06756)
Vorlage: IV/2007/06868
 - 5.2.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Frank Sängler, CDU, zur Vorlage IV/2007/06756 - Konzept zum Abbau des Altdefizits -**
Vorlage: IV/2007/06867
 - 5.2.3 **Änderungsantrag der Fraktion CDU zum Konzept Abbau des Altdefizits (Vorlage IV/2007/06756), Position 1 - Psychiatrisches Krankenhaus**
Vorlage: IV/2007/06883
 - 5.3. **Vereinbarung zu strategischen Zielen**
Vorlage: IV/2007/06669
 - 5.4. **Entsendung von Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados in das Kuratorium der Franckeschen Stiftungen**
Vorlage: IV/2007/06810
 - 5.5. *Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium "Georg Friedrich Händel" und Überführung in die Trägerschaft der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e. V.*
Vorlage: IV/2007/06659 **gleiche Voten in den Fachausschüssen**
 - 5.6. **Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06391
 - 5.6.1 **Änderungsantrag zur Vorlage - Investitionen nach Prioritäten für die Kindertagesstätten - und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale)**
Vorl.-Nr.: IV/2007/06391
Vorlage: IV/2007/06800

- 5.7. *Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008*
Vorlage: IV/2007/06725 **gleiche Voten in den Fachausschüssen**
- 5.8. *Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2008*
Vorlage: IV/2007/06749 **gleiche Voten in den Fachausschüssen**
- 5.9. **Wahl des Vertreters und des Stellvertreters der Stadt Halle (Saale) für den Stadt-Umland-Verband Halle**
Vorlage: IV/2007/06820
6. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 6.1. **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Einführung von freier Software als haushaltskonsolidierender Beitrag**
Vorlage: IV/2007/06363
7. **Anfragen von Stadträten**
8. **Beantwortung von Anfragen**
9. **Anregungen**
10. **Mitteilungen**

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2007**

Zur Niederschrift der 36. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 17.10.2007 bat **Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP, GRAUE + WG VS 90**, um Änderung zum TOP 5.2, Seite 8. Die geänderte Fassung lautet:

Herr Maluch, Fraktionsgemeinschaft FDP, GRAUE + WG VS 90, zeigte an, auch seine Fraktion könne sich nicht für einen Bewerber entscheiden. Er schlug deshalb auch vor, die Wahl nicht durchzuführen.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, bat um Änderung zum TOP 1, Seite 3:

Ein Nachweis des Zugangs könne nur durch Empfangsbekanntnis oder Postzustellungsurkunde geführt werden.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, bat um:

Änderung des Datums der Niederschrift auf den 19.10.2007.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die so geänderte Niederschrift der 36. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 17.10.2007.

zu 4 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 17.10.2007 gefassten Beschlüsse**

zu 3.1 Ernennung des Fachbereichsleiters für den Fachbereich Vermessung und Geodaten (FB 62)
Vorlage: IV/2007/06745

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale), Frau Dagmar Szabados, Herrn Vermessungsrat Frank Metzler zum Fachbereichsleiter zu ernennen.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt Vorlage: IV/2007/06813

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über eine Veränderung zur ursprünglichen Vorlage. Das Ministerium des Inneren habe im November mitgeteilt, dass der Landrat des Saalekreises und die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) bereits Kraft Gesetzes Mitglied des Verwaltungsrates sind, so dass sie nicht mehr gewählt werden müssen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bezog sich auf eine Zuarbeit von Frau Schröder, Referentin für Grundsatzangelegenheiten, betreffend des ursprünglichen Zugriffsrechts und stellte fest, dass es eine Verabredung zwischen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE gäbe, eine Wahl ohne Verwendung des Hare-Niemeyer-Verfahrens durchzuführen. Es gäbe aber eine Festlegung im Stadtrat, das Hare-Niemeyer-Verfahren zu verwenden.

Er zeigte sich überrascht, dass seine Fraktion kein Zugriffsrecht auf einen Stadtrat erhalten habe. Sie könnten somit nur einen Nichtstadtrat entsenden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass Hare-Niemeyer anzuwenden ist.

In der Vorlage wird angemerkt, dass eine Wahl nach Hare-Niemeyer durchzuführen ist. Von der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE wurden bereits Personen benannt. Die Fraktion der CDU müsse Personen benennen.

Frau Schröder erklärte, dass nach dem Sparkassengesetz § 11 die Grundsätze für die Verfahren für die Besetzung von Ausschüssen gelten. Damit ist das Verfahren Hare-Niemeyer zur Anwendung zu bringen. Im Jahre 2004 gab es eine Information an die Fraktionen, wie die Fraktionen und in welcher Höhe vorschlagen dürfen:

- DIE LINKE hat den 1. und 3. Zugriff
- CDU den 1. und 3. Zugriff
- SPD den 5. und 8. Zugriff
- WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger den 5. und 9. Zugriff
(damals waren es 9 Sitze – jetzt sind es 8 Sitze)

Damit entfallen die ersten vier Zugriffsrechte zu je 2 Sitzen auf die Fraktion DIE LINKE und zu 2 Sitzen auf die Fraktion der CDU.

Vor der Wahl des letzten Verwaltungsrates wurde durch die damalige PDS und die SPD ein Tausch festgelegt. So sollte die SPD den Posten des Stadtrates durch Frau Ewert besetzen und die PDS sollte den Posten durch einen Bürger besetzen.

Es wurde also damals die allen Fraktionen bekannte Festlegung angewandt. Auf dieser Grundlage wurde im September 2004 die Vorlage zur Besetzung des bisherigen Verwaltungsrates beschlossen.

Wenn dem damals angewandten Verfahren jetzt nicht gefolgt werde, würden völlig neue Grundsätze für einen Zeitraum von 1,5 Jahren bis zur nächsten Kommunalwahl aufgestellt werden.

Herr Wolter äußerte, ihm und seiner Fraktion sei das nicht bekannt gewesen und war auch nicht nachvollziehbar.

Er sah in der Wahl eine Benachteiligung in der Besetzung bis zum Ende der Legislaturperiode.

Herr Krause, Fraktion der SPD, und Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass die Rechte der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, nicht berührt werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, bemerkte, dass seine Fraktion diejenige wäre, die sich nicht einverstanden erklären könnte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zur Vorlage

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Halle auf der Basis der nachstehenden Punkte die Vereinigung der beiden Sparkassen zu beschließen.

1. **Auf der Grundlage des § 28 Abs. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) vom 13.07.1994 (GVBl. S. 823), zuletzt geändert am 18.12.2002 (GVBl. S. 447) i. V. m. § 18 Abs. 3 des Gesetzes zur Kreisgebietsneuregelung (LKGebNRG) vom 11.11.2005 (GVBl. S. 692 ff), werden**

**die Stadt- und Saalkreissparkasse Halle
und die Kreissparkasse Merseburg-Querfurt
zur Saalesparkasse**

vereinigt.

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (Anlage 1) zwischen dem Landkreis Saalekreis und der Stadt Halle (Saale) über die Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt wird zugestimmt.

2. **Die Vereinigung erfolgt zum 30. Dezember 2007.**
3. **Die Vereinigung erfolgt auf dem Wege der Aufnahme der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle durch die Kreissparkasse Merseburg-Querfurt.**
4. **Die Kreissparkasse Merseburg-Querfurt übernimmt die Aktiva und Passiva der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle nach den Werten der Jahresbilanz zum 31.**

Dezember 2006 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge. Sie tritt in die mit den Bediensteten dieser Sparkasse abgeschlossenen Dienst-, Arbeits- und Berufsausbildungsverträge ein.

5. Sitz der Saalesparkasse ist die Stadt Halle (Saale).
6. Die Satzung der Saalesparkasse wird beschlossen (Anlage 2).
7. Als Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse werden gewählt:
 - a) vier weitere Mitglieder gem. § 11 Abs. 1 Satz 4, 1. Halbsatz SpkG-LSA

Frau Dagmar Szabados (gemäß § 2 Abs. 2 Satz 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung)
Herr Stadtrat Hendrik Lange (DIE LINKE)
Frau/Herr N. N. (Vorschlag CDU)
Frau/Herr N. N. (Vorschlag SPD)
 - b) übrige weitere drei Mitglieder gem. § 11 Abs. 1 Satz 4, 2. Halbsatz SpkG-LSA
 - aa) Frau/Herr N. N. (Vorschlag durch WIR.FÜR HALLE/Bündnis 90/Die GRÜNEN/MitBürger)
 - bb) Frau Marion Krischok (Vorschlag durch DIE LINKE)
 - cc) Frau/Herr N. N. (Vorschlag CDU)
 - c) ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates für die Gruppe gem. a)

Frau/Herr N. N. (Vorschlag durch FDP+ GRAUE+WG VS 90)
 - d) ein stellvertretendes Mitglieder für die Gruppe gem. b)

Frau/Herr N. N. (Vorschlag durch SPD)

Redaktionelle Hinweise der Sparkassenaufsichtsbehörde, die sich aus der Anwendung und Auslegung des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt ergeben und den Inhalt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nicht verändern, können bis zum Unterzeichnungstermin in die öffentlich-rechtliche Vereinbarung eingearbeitet werden.

zu 5.2 Konzept zum Abbau des Altdefizites Vorlage: IV/2007/06756

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über das Verfahren bis zur Einbringung des Rahmenbeschlusses und begründete diesen.

Sie wies darauf hin, dass alle enthaltenen Beschlusspunkte des Rahmenbeschlusses als „kommunizierende Röhren“ gesehen werden sollen. Auch solle der kommende Prozess transparent zwischen Verwaltung und Stadtrat geführt werden.

Die einzelnen Beschlusspunkte werden dann den Ausschüssen bzw. dem Stadtrat nochmals zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, ob der im gestrigen Finanzausschuss durch seine Fraktion gestellte Ergänzung zum Punkt 1: *„Das Fortbestehen in wirtschaftlich und juristisch selbständiger Rechtsform ist nicht erforderlich.“* Bestandteil der Vorlage im Rat sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass lt. Beschluss des Stadtrates vom 14.06.2005 das Psychiatrische Krankenhaus von einem Eigenbetrieb in eine gemeinnützige GmbH umzuwandeln ist. Diese gGmbH sei **gesellschaftsrechtlich** in die Netzstruktur, der in der Stadt Halle vorhandenen gemeindenahen psychiatrischen Versorgung durch Veräußerung mit einzubinden.

In Vorbereitung auf den Verkauf des Psychiatrischen Krankenhauses haben sich der Eigenbetrieb des Psychiatrischen Krankenhauses und der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss dahingehend befasst, dass keine Angliederung als Abteilung in einem großen Krankenhaus erfolgen solle.

Hier unterscheiden sich die Beschlüsse der beiden Ausschüsse vom Beschluss des Finanzausschusses.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, verwies darauf, dass sowohl im Eigenbetriebsausschuss als auch im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss kein Beschluss gefasst wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados widersprach. Im Eigenbetriebsausschuss seien die Kriterien zur Weiterbetreuung des Psychiatrischen Krankenhauses diskutiert und zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Herr Bönisch betonte, dass im gestrigen Finanzausschuss über die sieben Positionen ein Beschluss gefasst wurde.

Diesen Beschluss habe weder der Eigenbetrieb Psychiatrisches Krankenhaus noch der Gesundheitsausschuss gefasst.

Die Position 1 sei nur ein Teil des Beschlusstextes.

Es müssten dann alle Positionen des Beschlusses zur Diskussion gestellt werden, weil diese nicht Bestandteil der Diskussion des Eigenbetriebes und des Gesundheitsausschusses gewesen sind.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete auf die Frage zur Übernahme der Ergänzung zu Position 1, dass diese Änderung nicht durch die Verwaltung übernommen werde.

Demzufolge müsste im Stadtrat dieser Antrag nochmals gestellt und darüber abgestimmt werden.

Herr Bönisch fragte zur Verfahrensweise, ob die Verwaltung die ursprüngliche Vorlage wieder einbringen wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bejahte dies.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, bestätigte, dass im Gesundheitsausschuss die Vorlage nicht abschließend behandelt wurde.

Im morgigen Gesundheitsausschuss und im Eigenbetriebsausschuss werde sie über die heutige Abstimmung informieren.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte ob es richtig sei, wenn heute, wie im Finanzausschuss, der Änderungsantrag positiv beschieden werde, ob dieser dann nochmals im Stadtrat gestellt wird, weil die Verwaltung ihn nicht so übernimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass darüber im Eigenbetriebsausschuss und im Gesundheitsausschuss nochmals darüber diskutiert und abgestimmt werde sollte. Falls die Ausschüsse der Änderung zustimmen, werde auch die Verwaltung diese übernehmen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorlegen. Der Hauptausschuss werde dann darüber informiert.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, äußerte, dass der Antrag des Finanzausschusses mit auf die Tagesordnung des Stadtrates muss.

Herr Dr. Wöllner, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, bat, da er nicht über die gestrige Sitzung des Finanzausschusses informiert wurde, um Erläuterung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf die vorangegangene Diskussion und erläuterte nochmals die Zusammenhänge.

Herr Bönisch ergänzte dazu, dass das eigenständige Fortbestehen des Psychiatrischen Krankenhauses den Erwerb des Krankenhauses für jeden Dritten nicht lukrativ machen würde. Der Verkauf des Psychiatrischen Krankenhauses an einen profitorientierten Träger sollte vermieden werden.

Mit seinem gestellten Änderungsantrag zur Position 1 werde dies vermieden.

Herr Bönisch stellte somit den Änderungsantrag seiner Fraktion aus dem gestrigen Finanzausschuss heute wieder zur Abstimmung:

Ergänzung zu Position 1:

Das Fortbestehen in wirtschaftlich und juristisch selbständiger Rechtsform ist nicht erforderlich.

Da es keine Nachfragen gab, bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Abstimmung zum Änderungsantrag.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mit Patt	a b g e l e h n t
		7 Ja-Stimmen
		7 Nein-Stimmen

Herr Wolter hatte zwei Fragen:

- Ist es möglich, der Lenkungsgruppe und den Stadträten eine Kurzfassung der Risikountersuchung dieses Verfahrens zur Verfügung zu stellen.
- Von PWC gäbe es eine Untersuchung bezüglich Magdeburg, wo als zweite Möglichkeit eines Liquiditätstransfers die Kapitalherabsetzung und Erwerb eigener Anteile geprüft wurde und als die günstigste Variante vorgeschlagen wurde. Wurde diese Variante geprüft?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte, warum er nicht im gestrigen Finanzausschuss danach gefragt habe. An dieser Sitzung habe Frau Eickermann-Riepe von PWC teilgenommen.

Herr Dr. Meerheim äußerte, dass die Variante zum Erwerb eigener Anteile in der gestrigen Sitzung nicht Thema war. Laut GmbH-Gesetz sei das aber rechtlich möglich. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Anlage zum Beschlussvorschlag. Hier stehe, dass Rechtsgeschäfte getätigt werden können, wenn der Bilanzgewinn kleiner ist als die Liquidität, die zur Verfügung gestellt werden soll. Das heißt, die Liquidität zugunsten der Stadt kann in diesem Fall z. B. über Grundstücksverkäufe hergestellt werden. Sollten aber Grundstücke in dem Maße nicht vorhanden sein, müsste über ein anderes Rechtsgeschäft nachgedacht werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass damit aber nur die Möglichkeit eines Transfers von Geld in die Stadtkasse gegeben sei. Dies sei keine Variante zur Geldbeschaffung.

Herr Wolter fragte, ob es noch vor dem Stadtrat die Möglichkeit einer Risikobeschreibung geben könnte. Er bat auch, die anderen gestellten Änderungsanträge vom Finanzausschuss zu beachten, welche bestimmte Rechtsgeschäfte mit einschließen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wandte ein, dass ein Vorschlag der Geschäftsführung der Unternehmen vorgelegt wurde. Wenn man im Stadtrat einzelne Risiken von einzelnen Geschäften prüfen wolle, wisse sie nicht, wie sie das im Verfahren machen solle. Die Fraktion von Herrn Wolter sei im Aufsichtsrat der HWG vertreten. Dieser Vertreter müsse für Rückfragen diesbezüglich zur Verfügung stehen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, stellte den **Änderungsantrag** ihrer Fraktion aus dem gestrigen Finanzausschuss, welcher den Mitgliedern des Hauptausschusses vorliege, zur Abstimmung:

Änderungsantrag zur Pos. 5:

*Aus der Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen soll ein Betrag von **364,4 Mio. €** dem städtischen Haushalt zufließen, wobei davon zum Abbau des Altdefizites ein Betrag von **339,0 Mio. €** eingesetzt wird.*

a)
Absatz 3 Satz 1:
*Ferner wird ein Geschäftsanteil von **100%** an der HWG im Jahre 2010 veräußert.*

Absatz 4:
entfällt

b)
Absatz 3 Satz1:
entfällt

Da es keine Nachfragen gab, bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Abstimmung zum Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t

Herr Bönisch bat im Namen von **Herrn Sänger, Fraktion der CDU**, ebenfalls um Abstimmung zu seinem bereits im gestrigen Finanzausschuss gestellten Änderungsantrag:

*Der Stadtrat beschließt, dass aus dem Bestand der HWG mbH zur Liquiditätsbeschaffung nur 3540 Wohnungen verkauft werden.
Dafür verkauft die GWG 2000 Wohnungen.*

Da es keine Nachfragen gab, bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Abstimmung zum Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t

Herr Dr. Meerheim kündigte an, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion dem Stadtrat in der kommenden Woche vorliegen wird. Er sehe keinen Sinn darin, dass heute über den Änderungsantrag seiner Fraktion abgestimmt werden soll.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados führte aus, dass im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE aufgeführt werde, dass die Wohnungsgenossenschaften am Verkaufsprozess der Wohnungen mit beteiligt werden sollen.

Dies halte sie für vernünftig, weil die Wohnungsgenossenschaften zur Arrondierung ihrer Bestände dann bestimmte Wohnungen erwerben können.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, äußerte ebenfalls, dass sie es für selbstverständlich halte, dass den Wohnungsgenossenschaften die Beteiligung angeboten werde.

Dies sollte aber unter dem Aspekt geschehen, dass nicht nur die Wohnungsgenossenschaften, sondern auch andere potentielle Käufer gleichberechtigt behandelt werden.

Herr Krause, Fraktion der SPD, bemerkte, ob sich die Fraktion DIE LINKE vorstellen könne, die Bezeichnung „hat ... zu erfolgen“, was ein Ausschlusskriterium darstelle, in der Formulierung zu modifizieren.

Es könnte eine Situation geben, in der eine Unverhältnismäßigkeit eintritt, die der Stadtrat nicht vertreten könne. So könne z. B. ein vorgeschlagener Kaufpreis erheblich abweichen, welcher nicht vertreten werden kann.

Herr Dr. Wöllenweber schloss sich der Meinung von **Herrn Krause** an.

Frau Ewert sagte, dass es darum ginge, welchen Teil der Formulierung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE die Verwaltung übernehmen wolle.

Weiter wies sie auf die Liquidität der Wohnungsgesellschaften und dessen Fortbestand hin.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, brachte zum Ausdruck, dass es in den Fraktionen noch offene Fragen gäbe.

Er bat die Verwaltung eine dezidierte Positionierung einzunehmen, damit in der nächsten Stadtratssitzung keine Fragen offen bleiben und ein tragfähiger Beschluss gefasst werden kann.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Zeit bis zur nächsten Stadtratssitzung genutzt werde, die entsprechenden offenen Fragen aus den Fraktionen zu klären, damit die Vorlage im Stadtrat als Gesamtbeschluss bestätigen werden kann. Über die einzelnen, im Beschluss enthaltenen Punkte müsse dann im anschließenden Prozess in den nächsten vier Jahren diskutiert werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t
5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt unter Abänderung seines Beschlusses vom 25. Oktober 2006 folgende Maßnahmen zum Abbau der Altfehlbeträge:

Pos. 1:

Das Psychiatrische Krankenhaus (PKH) wird von einem Eigenbetrieb in eine gGmbH umgewandelt. Diese ist gesellschaftsrechtlich in die Netzstruktur der in der Stadt Halle (Saale) vorhandenen gemeindenahen psychiatrischen Versorgung durch Veräußerung einzubinden.

Pos. 2:

Vereinnahmung der restlichen Zahlungen aus der Veräußerung der Gesellschaftsanteile an der Städtisches Krankenhauses Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH.

Pos. 3:

Veräußerung der Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO), die der Stadt Halle (Saale) nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Januar 2005 zustehen, an den SWH-Konzern.

Pos. 4:

Die Stadt Halle (Saale) verkauft städtische Immobilien zu einem Gesamtwert von 14,5 Mio. €.

Pos. 5:

Aus der Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen soll ein Betrag von 214,4 Mio. € dem städtischen Haushalt zufließen, wobei davon zum Abbau des Altdefizites ein Betrag von 189,0 Mio. € eingesetzt wird.

Diese Maßnahmen verteilen sich auf die beiden Wohnungsgesellschaften wie folgt:

- a) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der HWG einen Betrag von 81,8 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.**

Zur Liquiditätsbeschaffung verkauft die HWG Wohnungen und schließt ein sale-and-lease-back-Geschäft über weitere Wohnungen ab.

Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der HWG im Jahre 2010 veräußert.

Für den Fall, dass die HWG die erwarteten Ausschüttungen von insgesamt 81,8 Mio. € nicht erreicht, wird bereits jetzt die Oberbürgermeisterin ermächtigt, für die Höhe der Unterdeckung den Verkauf weiterer Geschäftsanteile einzuleiten.

- b) Der städtische Haushalt vereinnahmt von der GWG einen Betrag von 42,6 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2012. Dazu werden im Wesentlichen Gewinnrücklagen aufgelöst und darüber hinaus Jahresgewinne ausgeschüttet.

Zur Liquiditätsbeschaffung verkauft die GWG Wohnungen.

Ferner wird ein Geschäftsanteil von 25 % an der GWG im Jahre 2010 veräußert.

Für den Fall, dass die GWG die erwarteten Ausschüttungen von insgesamt 42,6 Mio. € nicht erreicht, wird bereits jetzt die Oberbürgermeisterin ermächtigt, für die Höhe der Unterdeckung den Verkauf weiterer Geschäftsanteile einzuleiten.

Pos. 6:

Veräußerung der Anteile an der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau an den SWH-Konzern.

Pos. 7:

Veräußerung weiteren städtischen Vermögens, insbesondere weiterer Beteiligungen.

Die Stadt Halle (Saale) verpflichtet sich, aus den unter Pos. 1-7 genannten Maßnahmen bis zum Jahr 2012 insgesamt einen Beitrag von 335,5 Mio. € zum vollständigen Haushaltsausgleich zu erbringen.

Daneben werden in 2007 Mehreinnahmen aus Steuern und allgemeine Finanzausweisungen in einer Gesamthöhe von 19 Mio. € für den Abbau des laufenden Fehlbedarfes eingesetzt und stehen nicht zur Abdeckung von Mehrausgaben in diesem Jahr zur Verfügung.

Mit der Umsetzung des Konzeptes wird die Oberbürgermeisterin beauftragt.

Finanzmittel von 964 TEUR stehen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung. Die Freigabe der Finanzmittel erfolgt durch den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Dieser Ausschuss begleitet auch die Realisierung des Maßnahmenpaketes.

Die umzusetzenden Maßnahmen sind dem Stadtrat nach Konkretisierung zur Beschlussfassung vorzulegen. Ein Votum der zuständigen Gremien ist vorher einzuholen.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP, GRAUE + WG VS 90, fragte, ob im Stadtrat die Möglichkeit bestehe, zu den einzelnen Punkten abzustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bejahte dies und betonte aber, dass dies sehr schwierig sei, da die Vorlage am Ende als Ganzes abgestimmt werden müsse.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 5.3 Vereinbarung zu strategischen Zielen Vorlage: IV/2007/06669

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte, wann diese Vorlage dem Stadtrat vorgelegt werden könne.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE griff den Vorschlag von **Herrn Bönisch, Fraktion der CDU**, auf, dass aus jeder Fraktion ein Stadtrat in der Arbeitsgruppe zur Erstellung der strategischen Ziele mitarbeiten solle.

In der **Diskussion** wurde festgestellt, dass Fraktionen bereits Teilnehmer benennen könnten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat, diese Namen **Frau Ruhl-Herpertz, amt. Fachbereichsleiterin Büro der Oberbürgermeisterin**, mitzuteilen. Vorgesehen sei, in der Stadtratssitzung im Monat Januar 2008 die Vorlage einzubringen.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE, verwies auf die Herbstkonferenz „Stadtmarketing“. Hier wurden zukunftsweisende Vorschläge gemacht, die in die Diskussion mit einfließen sollten

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat **Herrn Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung**, welcher an der Konferenz teilgenommen hat, in der kommenden Beigeordnetenkonferenz darüber zu berichten.

Weiter teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass **Frau Hock von der Stabsstelle Haushaltskonsolidierung** an der interfraktionellen Arbeitsgruppe teilnehmen wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zur Vorlage.

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, sich an folgenden strategischen Zielen auszurichten:*

- *Förderung eines kreativen Klimas in der Stadt*
- *Positives Image nach Innen und Außen verbessern*
- *Profilierung als Stadt der Wissenschaften, der Hochtechnologie und der Innovationen*
- *Überregionale Wahrnehmung als Stadt der Kultur und Bildung stärken*

- *Profilierung von Halle als unternehmensfreundliche Stadt*
- *Profilierung als familien-, bildungs- und gesundheitsfördernde Stadt*
- *Halle - anerkannte Stadt in der europäischen Metropolregion Mitteldeutschland*
- *Halle stärkt den Süden von Sachsen-Anhalt*
- *Nachhaltige positive Stadtentwicklung durch Konsolidierung des Haushaltes.*

2. *Die Verwaltung wird im 2. Quartal des jeweils folgenden Jahres dem Stadtrat über die Zielerreichung berichten. Haushaltstreue und die im Nachhaltigkeitsinformationssystem (IGNIS) festgelegten Indikatoren sind signifikant für die Zielerreichung*

Abstimmungsergebnis:

v e r t a g t auf Januar 2008

Festlegung:

Abstimmung in der Arbeitsgruppe (Fraktionen)

zu 5.4 Entsendung von Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados in das Kuratorium der Franckeschen Stiftungen
Vorlage: IV/2007/06810

Frau Oberbürgermeisterin Szabados begründete, in der Satzung der Franckeschen Stiftungen stehe, dass der Stadtrat entsenden müsse. Aus diesem Grunde bat sie den Stadtrat eine offizielle Entsendung auszusprechen.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, fragte, ob Herr Dr. Rauen, ehemaliger Oberbürgermeister, auch Mitglied es Kuratoriums gewesen war.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass es bis vor drei Jahren das Direktorium und das Kuratorium gab. Nach Satzungsänderung gibt es nur noch das Kuratorium. Sie selbst war im Direktorium und wurde nach Änderung der Satzung in das Kuratorium kooptiert und müsse nun durch den Stadtrat entsandt werden.

Auf Anfrage von **Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU**, sagte sie, dass sie sich aus dem ständigen Ausschuss des ehemaligen Direktoriums zurückziehen werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig z u g e s t i m m t**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) entsendet gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 der Satzung der Franckeschen Stiftungen zu Halle als Mitglied des Kuratoriums der Franckeschen Stiftungen Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados.

zu 5.6 Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06391

zu 5.6.1 Änderungsantrag zur Vorlage - Investitionen nach Prioritäten für die Kindertagesstätten - und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale) Vorl.-Nr.: IV/2007/06391
Vorlage: IV/2007/06800

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über die Abstimmungsergebnisse im Bildungs- und im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat den Hauptausschuss um Abstimmung, ob er das Votum des Bildungsausschusses – der Änderung von der Kategorie IV „Auenschule“ in II – mittrage.

Sie persönlich neige dazu, dass eine Änderung in die Position II erfolgen sollte. Damit wäre der Änderungsantrag aus dem Bildungsausschuss erledigt.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, bat um Korrektur der „gelben Seiten“ zu den Abstimmungsergebnissen der vorbereitenden Ausschüsse.

Der Bildungsausschuss hat am 11.10.2007 nicht der Vorlage der Verwaltung zugestimmt, sondern der geänderten Vorlage in Form des Antrages der Stadträtin Nagel.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm diese Korrektur auf.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, fragte, wenn in der Schulentwicklungsplanung ein anderer Beschluss, als der von Verwaltung beschlossen werde, welche Auswirkungen dies z. B. auf die Schließung der Sekundarschule in der Silberhöhe habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die zur Verfügung gestellten Gelder höchstens für eine von vier Kategorien ausreichen würden.

Die Schulentwicklungsplanung, welche jedes Jahr neu erstellt werde, ist eine Bindung nach außen und habe eine höhere Priorität. Wenn bei der Schulentwicklungsplanung die Prioritäten der Sanierung nicht übereinstimmen, müsse die interne Prioritätenliste geändert werden und nicht die Schulentwicklungsplanung.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, warf ein, wenn in der Schulentwicklungsplanung beschlossen werde, dass die Auenschule bestehen bleiben soll, dann stehe die Prioritätenliste mit der Kategorie IV dem entgegen. Wenn die Schule in die Kategorie II genommen werde, wäre die Entscheidung offener.

Weiterhin bat sie künftig um exaktere Recherchen durch die Amtsblattredaktion, insbesondere, wenn über Schulen berichtet werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf und sagte eine Prüfung zu. Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis zu TOP 5.6:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag (modifizierter Form / Text):

1. Der Stadtrat bestätigt die Prioritätenliste - Anlagen 1a und 1b, Sanierungsbedarf Schulen und Kindertagesstätten.
 2. Der Stadtrat nimmt die sozialräumliche Übersicht der Einrichtungen nach Sanierungsbedarf zur Kenntnis (Anlage 2).
 3. Entsprechend des Schulbauförderprogramms 2007 – 2013 werden gemäß der Prioritätenliste für die Schulen 1 – 6 im Wertumfang von ca. 20 Mio. € durch die Verwaltung die Fördermittelanträge gestellt.
Für Kindertagesstätten erfolgt die Antragsstellung über die Träger.
 4. Für die vom Land Sachsen-Anhalt bereit gestellten Fördermittel wird die Stadt Halle (Saale) in den jeweiligen Haushaltsjahren die Komplementärfinanzierungsmittel bereitstellen.
-

**zu 5.6.1 Änderungsantrag zur Vorlage - Investitionen nach Prioritäten für die Kindertagesstätten - und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale) Vorl.-Nr.: IV/2007/06391
Vorlage: IV/2007/06800**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen, die Position Grundschule Auenschule in die Kategorie II der Vorlage –Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten – und Schulbauförderung 2007 – 2013 der Stadt Halle (Saale) Vorl.-Nr.: IV/2007/06391- einzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

e r l e d i g t

zu 5.9 Wahl des Vertreters und des Stellvertreters der Stadt Halle (Saale) für den Stadt-Umland-Verband Halle
Vorlage: IV/2007/06820

Frau Oberbürgermeisterin Szabados begründete die Einbringung der Vorlage.

Sie erklärte, dass **Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr**, in Vertretung die Vorlage für den Hauptausschuss unterzeichnet habe. Sie werde für den kommenden Stadtrat die Vorlage unterzeichnen.

Für den Stadtrat werden die Unterlagen für eine eventuelle geheime Wahl vorbereitet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat wählt den Beigeordneten für Planen, Bauen und Straßenverkehr, Herrn Dr. Thomas Pohlack, als Vertreter in die Verbandsversammlung des Stadt-Umland-Verbandes Halle.**
 - 2. Der Stadtrat wählt den Ressortleiter Stadtentwicklung im Fachbereich Stadtentwicklung und –planung, Herrn Karsten Golnik, als Stellvertreter des Herrn Dr. Pohlack in die Verbandsversammlung des Stadt-Umland-Verbandes Halle.**
-

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Einführung von freier Software als haushaltskonsolidierender Beitrag Vorlage: IV/2007/06363

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, begründete die Ablehnung des Antrages im Finanzausschuss.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat um Abstimmung ihres Antrages im Hauptausschuss.

Sie bedauerte die Abwehr gegen das OpenOffice und zeigte sich mit der Beantwortung nicht zufrieden, da durch **Herrn Strohmeyer, Ressortleiter DV-Koordination**, im Finanzausschuss dargestellt wurde, dass mit OpenOffice möglich sei, Altgeräte zu aktivieren und eine hohe Energieeinsparung sich positiv auf den Haushalt auswirke. Ein Plan, über den Einsatz dieser Software liege nicht vor.

Herr Geier entgegnete, dass sich **Herr Strohmeyer** in seinem Vortrag nicht abwehrend gegen diese Software äußerte, aber auch Bezug auf die Rahmenbedingungen in der Stadtverwaltung Halle nahm.

Alle Ressourcen sowie personelle und finanzielle Kapazitäten fließen bis zum Jahre 2010 in die Einführung der Doppik. Dies habe zurzeit die höchste Priorität.

Die Einführung des OpenOffice wäre eine zusätzliche Aufgabe.

Trotzdem sei die Verwaltung bereit, dies pilotmäßig in einem Bereich zu versuchen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, fragte, ob es in der Phase der Umstellung auf Doppik nicht denkbar sei, sich gleichzeitig auf OpenOffice zu orientieren.

Herr Geier wies darauf hin, dass es sich hier um eine technisch-orientierte Änderung handelt. Bei der Einführung der kaufmännischen Buchführung ginge es um das Handwerkzeug der Verwaltung. Diese müsse flächendeckend eingeführt werden.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, bedauerte, dass **Herr Dr. Strohmeyer** an der heutigen Sitzung nicht teilgenommen hat.

Es gäbe insgesamt Kompatibilitätsprobleme bei Einführung der Doppik.

Sie frage sich, ob die Stadt wirklich Kosten einspare. Für sie sei es ein ideologisches Problem.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf den letzten Satz der Stellungnahme der Verwaltung: *„Für neu einzurichtende Arbeitsplätze, bei denen eine MS-Office-Lizenz zu beschaffen wären, die keine Schnittstellen zu Verfahren und keine Anbindung an das Mail-System haben, werde OpenOffice installiert.“*

Herr Geier antwortete, dass das ein Pilotversuch war, welcher sich erledigt habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zum Antrag.

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, OpenOffice.org - als Äquivalent zu Microsoft Office – einzuführen.*
2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einsatz weiterer freier Software zu prüfen, mit dem Ziel, Kosten für Anschaffung und Lizenzen zu senken.*

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t
1 Enthaltung

zu 7 **Anfragen von Stadträten**

Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 **Beantwortung von Anfragen**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, hatte zwei Fragen zur Umsetzung des Thälmann-Denkmal:

1. Woher kommen die Gelder für den Radweg?
2. Muss nicht ein Beschluss zur Umsetzung des Denkmals bzw. des Radweges gefasst werden?

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, erläuterte, dass die Frage im gestrigen Planungsausschuss dahingehend beantwortet wurde, dass geplante Haushaltsmittel des Jahres 2007 jetzt umgesetzt werden.

Die Tatsache, dass das Denkmal auf der Radwegtrasse steht, ergäbe sich aus dem Lageplan, der damals Gegenstand des Baubeschlusses war. Insofern bedarf es für die Ausschreibung des Radweges keines neuen Ratsbeschlusses.

Das Denkmal stehe im denkmalrechtlichen Sinne nicht unter Schutz. Die Umsetzung des Denkmals sei somit aufgrund des Baubeschlusses gedeckt.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat um Richtigstellung der Aussage von Herrn Dr. Pohlack aus dem gestrigen Planungsausschuss, dass bei Grundsatzbeschlüssen keine Änderungsvorschläge gemacht werden dürfen.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass im gestrigen Planungsausschuss ein Antrag des Stadtrates Bauersfeld behandelt wurde.

Dieser Antrag war mit *Änderungsantrag zum Grundsatzbeschluss Ausbau der Delitzscher Straße* überschrieben.

Die Formulierung wurde mit der Geschäftsordnung abgeglichen. Zwei Monate, nachdem dieser Grundsatzbeschluss gefasst wurde, dürfe dieser nicht mehr geändert werden.

Herrn Bauersfeld wurde mitgeteilt, dass die Verwaltung sich trotzdem mit den inhaltlichen Dingen befassen und als Anregung betrachten wird.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, ob die Stadt für das Konzert „Laut gegen Rechts“ noch einen Betrag zahlen müsse.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die angefallenen Mehrausgaben nichts auf die Stadt zurückfallen.

Darüber wurde bereits im Hauptausschuss informiert.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 9 Anregungen

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, regte an, in den Protokollen der Ausschüsse grundsätzliche Positionen ausführlicher zu formulieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf.

zu 10 Mitteilungen

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über die Vergabe der Dienstleistungskonzession zur Betreuung der Georg-Friedrich-Händel-Halle.

Der Vertrag mit dem bisherigen Betreiber, Firma ARTES, läuft Ende dieses Jahres aus. Eine besondere Kündigung war deshalb nicht notwendig. Eine Vertragsverlängerung, welche bis zum Ende des Jahres 2006 hätte erfolgen müssen, erfolgte nicht.

Es wurde beschlossen, eine Dienstleistungskonzession zur Betreuung der Georg-Friedrich-Händel-Halle öffentlich im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), der Europäischen Union, im Ausschreibungsanzeiger Sachsen-Anhalt und in der Mitteldeutschen Zeitung auszuschreiben.

Die Form der Ausschreibung einer Dienstleistungskonzession wurde deshalb gewählt, da ein Betreiber gesucht werde, der das Betriebsrisiko zur Betreuung der Halle trägt.

Die Vergabe einer Dienstleistungskonzession unterliegt nicht dem Vergaberecht. Dies sei eine Festlegung des europäischen Gerichtshofes.

Mit Schreiben vom 02.08.2006 wurde das Landesverwaltungsamt über die Ausschreibungsart informiert. Die Form zur Vergabe einer Dienstleistungskonzession wurde nicht beanstandet.

Am 26.07.2007 wurde das Verfahren dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt und ist am 02.08.2007 im Vergabeausschuss vorgestellt worden.

Auch hier gab es gegen die Vorgehensweise keinerlei Bedenken.

Mit Schreiben vom 31.07.2007 wurden die Firmen ARTES, Inventnet, Halle-Messe GmbH und Gegenbauer Gebäudemanagement auf die Veröffentlichungen hingewiesen und gebeten, ihre Bewerbungen abzugeben.

Die Unterlagen und Präsentationen der Bewerber wurden von Seiten der Stadt in einem Gremium gleichwertig berücksichtigt. In diesem Gremium waren vertreten:

- Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, Leiter des Gremiums
- Geschäftsführer der Stadt-Halle Cernitz
- Herr Dr. Franke, Wirtschaftsförderung
- Herr Reichert, Kulturbüro
- Herr Stallbaum, Kulturbüro
- Herr Baus, Ressortleiter, Rechtstätigkeit – Vergaberecht

Die Bewerber präsentierten in diesem Gremium ihre Vorstellungen, auch, welcher städtische Zuschuss notwendig ist, um diese Halle zu betreiben.

Das Gremium unterbreitete in der Beigeordnetenversammlung einen Vorschlag. Nach der Vorlage im Kulturausschuss, Finanzausschuss und Hauptausschuss werde am 12.12.2007 eine Vorlage mit einem Vorschlag der Verwaltung eingereicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass der Vertrag über die Betreuung der Georg-Friedrich-Händel-Halle im Hauptausschuss vorgestellt werden soll.

Herr Baus, Ressortleiter, Rechtstätigkeit – Vergaberecht, betonte, dass das Verfahren fair verlaufen sei. Die Unterstellung, die Auswahl sei parteiisch verlaufen, wies er mit aller Deutlichkeit zurück.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, empfahl die Vorlage im Vergabeausschuss zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass die Behandlung der Vorlage im Vergabeausschuss möglich sei. Im Endeffekt entscheide aber der Stadtrat.

Herr Krause, Fraktion der SPD, erläuterte, dass die Berichterstattung über diesen Sachverhalt im Protokoll des Vergabeausschuss vom 06.08.2007 nachgelesen werden könne (Punkt 9 – Mitteilungen).

Das Verfahren wurde im Vergabeausschuss begleitet und die Vorlage könne im Vergabeausschuss nicht im Sinne einer Vergabe behandelt werden.

Herr Baus ergänzte, dass eine Behandlung im Vergabeausschuss erfolgte, weil lt. Hauptsatzung Vergabe nur nach VOL und VOB in den Vergabeausschuss gehören. Bei der Verabschiedung der Hauptsatzung wurde sicher nicht an Dienstleistungskonzession gedacht. Da es eher um eine Nutzungsvereinbarung gehe, wäre der Finanzausschuss zuständig.

Er sehe auch keinen Sinn für die Stadt darin, das Verfahren nach VOL durchzuführen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fasste zusammen, dass das Verfahren gewährleistet, dass im Vorfeld kein Bewerber benachteiligt wurde.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados beendete die 37. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Ruhl-Herpertz
amt. Fachbereichsleiterin GB OB und
Protokollführerin